

Verband fordert Beschleunigung des Ausbaus

[13.05.2025] In Deutschland sind mittlerweile über zwei Millionen Solarstromspeicher in Betrieb. Die Branche fordert nun entschlossene politische Schritte, um den weiteren Ausbau der Speicherinfrastruktur zu beschleunigen.

Der Markt für Solarstromspeicher in Deutschland hat einen neuen Meilenstein erreicht: Nach Angaben des [Bundesverbands Solarwirtschaft \(BSW\)](#) wurde kürzlich der zweimillionste Speicher in Betrieb genommen. Allein im Jahr 2024 kamen rund 600.000 neue Solarbatterien hinzu, ein Großteil davon als Heimspeicher für Einfamilienhäuser. Zunehmend gefragt sind aber auch Großspeicher in der Megawattklasse, die in der Nähe von Solar- und Windparks installiert werden. Sie sollen helfen, Stromschwankungen auszugleichen und die Versorgungssicherheit im Zuge des wachsenden Anteils erneuerbarer Energien zu gewährleisten.

Die stationären Batteriespeicher in Deutschland verfügen mittlerweile über eine Gesamtkapazität von mehr als 20 Gigawattstunden (GWh). Das entspricht rechnerisch dem Tagesstrombedarf von zwei bis vier Millionen Zwei-Personen-Haushalten – je nach Elektrifizierungsgrad. Im ersten Quartal 2025 allein stieg die Speicherkapazität um über 1,7 GWh, was einem Wachstum von etwa 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Trotz dieses dynamischen Wachstums mahnt der Verband politische Unterstützung an. Für eine klimaneutrale Stromversorgung seien nach Berechnungen des Fraunhofer-Instituts bis 2030 Batteriespeicher mit einer Kapazität von 100 bis 150 GWh erforderlich – einschließlich mobiler Speicher. Der Verband warnt jedoch, dass der Ausbau durch veraltete gesetzliche Rahmenbedingungen behindert wird. Die Rolle der Speicher werde im deutschen Energierecht bislang kaum berücksichtigt.

BSW-Hauptgeschäftsführer Carsten Körnig sieht die Politik in der Pflicht: „Jetzt heißt es, das Speicher-Ausbautempo weiter zu erhöhen, unter anderem durch eine baurechtliche Privilegierung für Batteriespeicher und klare energiewirtschaftliche Anreize.“ Die Bundesregierung habe bereits im sogenannten Stromspitzengesetz eine Flexibilisierung des Betriebs beschlossen, diese müsse nun schnell umgesetzt werden. Auch bei Netzanschlussbedingungen, Entgelten und Genehmigungen sieht der Verband dringenden Handlungsbedarf.

(th)